

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/06/2015  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Donnerstag, 29.10.2015  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
4. . Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe e.V. an Hagener Schulen  
Bericht der AIDS-Hilfe Hagen
5. . Jobcenter Junges Hagen - Junge Menschen sofort beschäftigen  
Hier: Benennung eines Vertreters des Jugendhilfeausschusses für den zu bildenden Arbeitskreis
6. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
7. . Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Hagen  
Bericht der Verwaltung
8. . Außerschulische Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit für EU- Zuwanderer- und Flüchtlingskinder  
Bericht der Verwaltung
9. . Kita Elberfelder Straße  
Vorlage: 0712/2015 - **2. Lesung**



10. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/ Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe  
hier: Jahresberichte 2014 - 2. Lesung  
Bericht des Stadtsportbundes  
Vorlage: 0721/2015
11. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales  
Vorlage: 0722/2015 – **2. Lesung**
12. . Nachbenennung der stellvertretenden Mitglieder der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: 0907/2015
13. . Kommunales Integrationszentrum:  
Hier: Berichterstattung 2015 sowie Schwerpunktsetzung 2016-2017  
Vorlage: 0983/2015
14. . Ausschreibung der Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen (Kitas)  
Vorlage: 0904/2015
15. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. . Feststellung der Tagesordnung**

Herr Reinke begrüßt die Ausschussmitglieder zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und teilt mit, wer sich entschuldigt hat.

Er bittet, die Tagesordnung um den Punkt 14 erweitern zu dürfen. Es gehe um die Vorlage über die europaweite Ausschreibung der Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen, die aus dem Haupt- und Finanzausschuss zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden sei. Eine Vorberatung über dieses Thema habe auch im Unterausschuss Jugendhilfe stattgefunden. Die Vorlage sei als Tischvorlage ausgelegt.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

#### **2. . Mitteilungen**

Herr Goldbach berichtet, dass Frau Schärer, die ja bereits Mitglied des Jugendhilfeausschusses sei, als neue Vorsitzende des Jugendamtselternbeirates wiedergewählt worden sei. Er gratuliert Frau Schärer zu der Wahl. Er freue sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit. Stellvertreter von Frau Schärer sei Herr Schneider. Er freue sich über das Engagement der Eltern.

Er berichtet über den Stand der unterschiedlichen Förderprogramme, um die man sich bemühe.

Herr Sondermeyer weist auf eine Veranstaltung „Rock gegen Rechts“ am 27.11.2015 im Kulturzentrum Pelmke hin. Die Flyer dazu seien ausgelegt. Er freue sich über eine rege Teilnahme.

Herr Reinke weist darauf hin, dass der Terminplan für 2016 mit den Sitzungsunterlagen verschickt worden sei. Man tage mit dem JHA vorzugsweise mittwochs. In 2016 fielen allerdings zwei Termine auf einen Dienstag und einer auf einen Donnerstag.

Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt sei den Fraktionen vorgelegt worden. Ein Teil befasse sich auch mit der Kinder- und Jugendarbeit. Dieser Teil fiele für die Stadt Hagen sehr positiv aus.



Der Unterausschuss Jugendhilfe habe in der letzten Woche zum Thema Suchtberatung getagt (**siehe Anlage**). Aufgrund weiterer verwaltungsinterner Beratungen sei man bei dem Thema noch zu keinen Beschlüssen oder Vorschlägen gekommen. Die Ergebnisse dieser Beratungen müssten abgewartet werden.

Herr Fischer weist auf eine Veranstaltung des Jugendrings „Sternmarsch zur „Pogromnacht“ am 09. November hin. Für den Fall, dass man daran teilzunehmen wolle, bitte er, mit dem Jugendring Kontakt aufzunehmen.

### 3. . **Anliegen der Jugendräte**

Herr Palmowski berichtet, dass man sich bezüglich des in der letzten Sitzung beantragten Sitzungsgeldes für Mitglieder des Gesamtstädtischen Jugendrates am Montag mit Herrn Goldbach und Herrn Reinke in einer Sondersitzung zu dem Thema ausgetauscht habe.

Er kündigt für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Bericht des Gesamtstädtischen Jugendrates zu dem Thema an.

### 4. . **Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe e.V. an Hagener Schulen Bericht der AIDS-Hilfe Hagen**

Herr Reinke teilt mit, dass Herr Rau von der AIDS-Hilfe Hagen sich entschuldigt habe, an der Sitzung nicht teilnehmen zu können.  
Aus diesem Grund entfalle dieser Tagesordnungspunkt.

### 5. . **Jobcenter Junges Hagen - Junge Menschen sofort beschäftigen Hier: Benennung eines Vertreters des Jugendhilfeausschusses für den zu bildenden Arbeitskreis**

Herr Reinke berichtet, dass diesem Punkt ein Antrag der CDU-Fraktion zugrunde liege, der im Sozialausschuss beraten worden sei. Dort sei die Bildung eines Arbeitskreises beschlossen worden, an dem auch Vertreter des Jugendhilfeausschusses mitarbeiten sollten. Der Arbeitskreis solle maximal drei Mal tagen.

Er bittet um Meldungen aus dem Kreis der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.



**Beschluss:**

Als Vertreter für den Arbeitskreis „Jobcenter Junges Hagen: Junge Menschen sofort beschäftigt“ werden als Vertreter des Jugendhilfeausschusses benannt:

- Frau Meral Karadag
- Herr Thomas Koslowski

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**6. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Hannusch berichtet über die Einrichtungen, die seit der letzten Sitzung an den Start gegangen seien.

Er lädt die Anwesenden ganz herzlich zur Eröffnungsfeier der Einrichtung „Helmut-Turck-Zentrum“ am 14.11.2015 ein.

Weiterhin berichtet er von der Teilnahme an einem Förderprogramm in diesem Bereich.



7. . **Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Hagen**  
**Bericht der Verwaltung**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack berichtet über die Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Herr Fischer möchte wissen, ob auch Zahlen von Kindern über 6 Jahren im OGS-Bereich vorlägen.

Frau Osbahr antwortet, dass dazu keine konkreten Zahlen vorlägen.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man klar trennen müsse, wer in dem Bereich welche Aufgaben habe und welches Ziel dabei verfolgt würde.

Für die Kinder, die nicht schulpflichtig seien, sei man vollumfänglich verantwortlich. Für diejenigen, die der Schulpflicht unterlägen, trage man als Jugendhilfeträger Verantwortung für die Unter-12-Jährigen in Bezug auf Betreuungsmöglichkeiten im Hinblick auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Frage der Förderung ab Einschulung sei Landesaufgabe und damit Aufgabe der Schule. Der Offene Ganztag habe nicht die Aufgabe, Dinge wahrzunehmen, die Schule nicht bewältigen könne.

Herr Goebels ergänzt die Ausführungen im Hinblick auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (**siehe Anlage 2 zu TOP 8**).

Er richtet in diesem Zusammenhang einen großen Dank an die Träger, die die Verwaltung hilfreich unterstützt hätten.

Aufgrund einer Frage von Herrn Reinke macht Herr Goebels deutlich, dass er die aktuelle Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht nennen könne, da diese sich tagtäglich verändere. Jeder Träger sei erst einmal für seine Unterbringungen selbst verantwortlich. Andere Kommunen fragten täglich bei den Trägern nach freien Plätzen. Die Verwaltung habe ein Problem in diesem Zusammenhang.

Da die Träger aber für sich unabhängig seien, habe man bereits 60 bis 70 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge teilweise aus anderen Kommunen in Hagen untergebracht. Es müsse ein Gespräch mit den Trägern geführt werden, wie man das gemeinsam besser gestalten könne. Eine gute Betreuung dieser jungen Menschen sei sehr wichtig. Bei den Kommunen, die besonders stark belastet seien, könne eine solche Betreuung im Moment aufgrund der personellen Situation nicht sichergestellt werden.

Ein weiteres Problem liege darin, wie die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge hier ankämen. Eine Registrierung an den Grenzen finde derzeit nicht statt. Zurzeit finde das Registrierungsverfahren erst in den Notunterkünften statt. Wenn sich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bei der Ankunft in einer Notunterkunft des Landes unter den Flüchtlingen befänden, müssten diese in Obhut genommen werden.



Frau Köppen berichtet von einer Gruppe mit 8 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Berchum, die in der nächsten Woche eröffnet werde. Da es in der Öffentlichkeit zu Unruhe und Gerüchten gekommen sei, habe man sich entschlossen, die Bürger zu einem Gespräch einzuladen. Die Jugendlichen würden rund um die Uhr betreut.

Herr Geobels beantwortet Fragen von Herrn Sondermeyer dahingehend, dass es sich bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen überwiegend um Jungen im Alter von 16 bis 18 Jahren handle. Diese würden bei allen Trägern untergebracht unabhängig von Konfessionen. Es hätten sich auch Pflegeeltern gemeldet. Dort seien auch einige dieser Jugendlichen untergebracht worden. Bevor diese Jugendlichen in Pflegefamilien untergebracht würden, müssten diese ein Clearingverfahren durchlaufen. Wenn die Jugendlichen schwersttraumatisiert seien, könnten diese nicht in einer Pflegefamilie untergebracht werden.

Herr Fischer möchte wissen, ob es sich bei der Umbenennung in „unbegleitete minderjährige Ausländer“ um eine reine Formalie handle.

Herr Goebels bestätigt die Annahme, dass es darum ginge, dass nicht alle dieser Jugendlichen einen Flüchtlingsstatus hätten und daher die Umbenennung des Begriffs erfolgt sei.

## 8. . **Außerschulische Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit für EU- Zuwanderer- und Flüchtlingskinder** **Bericht der Verwaltung**

Frau Osbahr berichtet über die außerschulischen Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit für EU-Zuwanderer und Flüchtlingskinder (**siehe Anlage zu TOP 9**).

Herr Reinke erinnert daran, dass man sich in der letzten Sitzung bereits darüber einig gewesen sei, dass die Angebote für die neuen Zielgruppen zusätzlich seien und das nicht zu Lasten der bisherigen Offenen Kinder- und Jugendarbeit gehen könne.

Herr Fischer berichtet, dass sich die problematische Situation in Wehringhausen ein wenig entspannt habe. Man habe inzwischen eine Veranstaltung mit den Anwohnern durchgeführt. Es sei deutlich geworden, dass das Thema Respekt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle spiele. Das Durchführen von Sprachschulungen sei daher sehr effektiv. Die jungen Menschen, die von der neuen Zielgruppe verdrängt worden seien, kämen von sich aus zurück, reflektierten die Situation und böten auch Hilfestellungen an.

Er beantwortet eine Frage von Frau Kaufmann in Bezug auf die Sprachentwicklung und beschreibt die eingesetzten Hilfsmittel.



**9. . Kita Elberfelder Straße**  
**Vorlage: 0712/2015 – 2. Lesung**

Herr Reinke weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung versehentlich ein Empfehlungsbeschluss an die Bezirksvertretung Mitte gefasst worden sei. Das sei formal nicht korrekt gewesen und darum stehe dieser Punkt heute erneut auf der Tagesordnung.

Er stellt daher den vorliegenden Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Umsetzung der dargestellten Maßnahme für eine Kindertageseinrichtung in der Elberfelder Straße 34a wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0



10. . **Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/ Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe**  
**hier: Jahresberichte 2014 - 2. Lesung**  
**Bericht des Stadtsportbundes**  
**Vorlage: 0721/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Gaca berichtet über die Arbeit des Stadtsportbundes (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Frau Kaufmann spricht ihre große Bewunderung und ihren herzlichen Dank für die Arbeit des Stadtsportbundes aus. Der Zuschuss der Stadt Hagen sei gut angelegt.

Herr Gaca beantwortet eine Frage von Herrn Goldbach.

Herr Reinke schließt sich dem Dank von Frau Kaufmann an und wünscht für die weitere Arbeit des Stadtsportbundes viel Erfolg.

Er stellt fest, dass der Ausschuss den Gesamtbericht zur Kenntnis nehmen müsse. In der letzten Sitzung sei berichtet worden, dass der Bericht eines Trägers noch nicht vorgelegt worden sei.

Herr Goldbach ist nicht sicher, ob der Bericht inzwischen eingetroffen sei. Man werde den Ausschuss darüber in Kenntnis setzen, wenn das der Fall sei.

Herr Reinke richtet die Frage an die Ausschussmitglieder, ob man die Verwaltung beauftragen wolle, den Bericht bei dem Träger einzufordern.

Er lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, den noch fehlenden Bericht mit Nachdruck einzufordern.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

**Anmerkung der Schriftführerin:**

**Es hat sich inzwischen herausgestellt, dass der Bericht rechtzeitig im Hause vorlag, jedoch nicht an die zuständige Stelle weitergeleitet wurde. Die Verwaltung hat sich inzwischen dafür bei dem Träger entschuldigt.**

**11. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales  
2. Lesung  
Vorlage: 0722/2015**

Herr Goldbach stellt den Geschäftsbericht schwerpunktmäßig vor.

Er richtet seinen ausdrücklichen Dank an die Mitarbeiter des Fachbereichs für ihre Arbeit.

Herr Reinke schließt sich dem Dank an.

**Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2014 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen



**12. . Nachbenennung der stellvertretenden Mitglieder der Hagerer Jugendräte im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: 0907/2015**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Die Nachbenennung der neuen stellvertretenden Mitglieder der Hagerer Jugendräte im Jugendhilfeausschuss wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**13. . Kommunales Integrationszentrum:  
Hier: Berichterstattung 2015 sowie Schwerpunktsetzung 2016-2017  
Vorlage: 0983/2015**

Frau Kahraman erläutert die Vorlage.

Herr Reinke stellt fest, dass der Beschlussvorschlag eine Kenntnisnahme vorsieht.

**Beschluss:**

Der Bericht des Kommunalen Integrationszentrums für das Jahr 2015 sowie die Schwerpunktsetzung für die Jahre 2016-2017 wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen



**14. . Ausschreibung der Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen (Kitas)  
Vorlage: 0904/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke weist darauf hin, dass die Vorlage ausgelegt worden sei. Diese sei vom Haupt- und Finanzausschuss zur fachlichen Vorberatung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden.

Frau Kaufmann erläutert die Hintergründe der Vorlage.

Herr Reinke fragt nach dem Vorgehen in der Vergangenheit. Seines Wissens habe man doch bis dato in diesem Bereich keine Ausschreibungen gemacht.

Herr Hannusch erklärt, dass die Kindertageseinrichtungen die Caterer bisher aufgrund der sehr viel geringeren Zahl von Kindern, die an der Mittagsverpflegung teilgenommen hätten, aus dem lokalen Umfeld selbst ausgesucht hätten. Da man jetzt auch allen Kindern, die 35 Stunden betreut würden, eine warme Mittag Mahlzeit anbieten müsste, habe sich die Anzahl der Mittagessen deutlich erhöht. Da das Gesamtpaket mittlerweile so groß sei, müsse nun ausgeschrieben werden. Diese Vorlage stelle nur den Startschuss für die Ausschreibung dar. Es gebe einen Arbeitskreis mit allen Beteiligten, der relativ häufig zu dem Thema tage. Dort beschäftige man sich mit den inhaltlichen Dingen wie zum Beispiel den Qualitätsstandards. Er beschreibe die Stellschrauben, die man innerhalb des Ausschreibungsverfahrens einbauen könne. Man habe die Erfahrung gemacht, dass nicht unbedingt die teuren Caterer das bessere Essen lieferten.

Auf Bitte von Herrn Reinke berichtet Herr Lohmann von den Erfahrungen, die man in Dortmund mit dem Thema gemacht habe. Wie es in Hagen vorgesehen sei, habe man in Dortmund auch seinerzeit den Schwerpunkt Qualität in den Vordergrund gestellt.

Daran sei man im Endeffekt gescheitert. Er beschreibe die vielfältigen Probleme, die sich in dem Zusammenhang ergeben hätten. Er bietet an, Kontakt mit den Mitarbeitern in Dortmund herzustellen, die seinerzeit mit dem Thema befasst gewesen seien, damit diese Hilfestellung leisten könnten. Letztendlich sei es problematisch, dass man dann für einen langen Zeitraum an einen Caterer gebunden sei und nicht mehr aus dem Vertrag rauskomme. Man sei in Dortmund im letzten Moment aus der Ausschreibung rausgekommen, weil man eine Lösung im In-House-Verfahren gefunden habe. Das Klinikum Dortmund sei eine Tochter der Stadt und liefere nun zur Zufriedenheit aller das Mittagessen für die Kindertageseinrichtungen.

Herr Goldbach macht deutlich, dass die Ausschreibung auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes erfolgen solle. Er habe das überrascht zur Kenntnis genommen. Man verwalte im Prinzip das Geld der Eltern für die Mittagsverpflegung der Kinder. Das Geld verbleibe ja nicht bei der Kommune.



Herr Hannusch erklärt, dass es sich bei dem Preis von 2,50 € um eine Richtgröße für die Ausschreibung handele, die sich aus dem Mittel der zur Zeit bestehenden Preise zusammensetze.

Herr Koslowski ist der Meinung, dass Voraussetzung für eine Ausschreibung sei, dass es einen öffentlichen Auftrag gebe. In diesem Fall würden aber keine öffentlichen Mittel vergeben. Aus seiner Sicht bestehe überhaupt keine Notwendigkeit, die Mittagsverpflegung auszuschreiben, da es sich um private Mittel der Eltern handele.

Herr Fischer warnt auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessen in den Stadtteilen. Er schildert seine Erfahrungen aus dem Offenen Ganztage. Die Kommune binde sich mit der Ausschreibung und müsse die Kosten dafür auch tragen, wenn die Eltern ihre Kinder vom Mittagessen abmeldeten. Das sei für die Stadt ein enormes Risiko.

Frau Witt macht deutlich, dass die Verpflegung in der Kindertagesstätte für die Eltern ein wichtiger Aspekt sei. Wenn man nun ab dem Jahr 2016 unter Umständen eine gravierende Veränderung in dem Bereich vornehme, könne das fatale Auswirkungen haben.

Frau Schärer schildert ihre Erfahrungen, dass es völlig unterschiedliche Reaktionen der Eltern darauf gebe, welches Essen angeboten würde. Wenn man für alle Kindertageseinrichtungen ein standardisiertes Essen für einen Zeitraum von zwei Jahren anbiete, würden die Qualität des Essens und letztlich auch das Image der Kindertageseinrichtungen darunter leiden. Es gebe viele Anbieter in diesem Bereich, die viel gezielter und flexibler auf die verschiedenen Bedürfnisse der Kindertageseinrichtungen eingehen könnten als das im Rahmen einer Ausschreibung möglich sei.

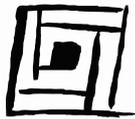
Herr Hannusch erklärt, er könne die geschilderten Bedenken gut nachvollziehen. Er schlägt vor, den Sachverhalt nochmal prüfen zu lassen.

Frau Schärer schlägt ein Modell vor, in dem die Einrichtung das Geld der Eltern nur einsammle und Vertragspartner der Caterer die Eltern seien.

Herr Lohmann äußert rechtliche Bedenken zu dem vorgeschlagenen Verfahren. Man müsse klarstellen, dass man eins zu eins die Einnahmen vergebe und es sich nicht um öffentliche Mittel handele, die eine Ausschreibung erforderten.

Herr Fischer weist darauf hin, dass ein weiteres Argument gegen eine Ausschreibung sei, dass die Kommune keinen Eigenanteil trage. Er prognostiziere, dass ein Eigenanteil entstehe, wenn man bei dem Verfahren der Ausschreibung bleibe.

Herr Reinke stellt abschließend fest, dass man viele Argumente gesammelt habe und die Verwaltung den Auftrag mitnehme, die Dinge zu prüfen. Man werde in der nächsten Sitzung zu dem Thema noch einmal beraten.



15. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18:30 Uhr

gez. Detlef Reinke  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin